



## NEWSLETTER OKTOBER

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

überraschend schnell haben viele Länder das Pariser Klimaabkommen ratifiziert, darunter die früheren Blockierer USA und China. Deutschland stolperte hinterher und wollte das Abkommen nun im Schnellverfahren durch den Bundestag bringen, um sich international nicht zu blamieren. Längst ist aus dem Vorreiter ein Nachläufer geworden. Dazu passt, dass die Bundesregierung ihren Klimaschutzplan entkernt und zu einem Papiertiger gemacht hat – ein Plan ohne Ziele und Maßnahmen. So fehlen z.B. sämtliche Festlegungen zum überfälligen Kohleausstieg. Deshalb hat die Grüne Bundestagsfraktion einen „Fahrplan Kohleausstieg“ vorgelegt. Darin skizzieren wir einen Weg für einen offensiven und in breiter Runde geführten Diskurs um den Kohleausstieg zwischen Politik, Gewerkschaften, Industrie und Energiewirtschaft, Kommunen, Umweltverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Wir legen damit einen konkreten und umsetzbaren Vorschlag für den Ausstieg aus der Kohle vor, um die finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen zur Beendigung der Kohleverstromung zu schaffen.

Neben der Energiewende muss auch die Verkehrswende endlich vorangehen. Im September hat sich der Diesel-Abgasskandal das erste Mal gejäht. Doch bis auf folgenlose Ankündigungen durch Bundesverkehrsminister Dobrindt ist seit einem Jahr praktisch nichts passiert. Noch immer fahren Millionen an Dieselfahrzeugen, die die Stickoxid-Grenzwerte teilweise um ein Vielfaches überschreiten, durch unsere Städte. Der Untersuchungsausschuss Abgasskandal hat derweil seine Arbeit aufgenommen und versucht dieses organisierte Staatsversagen der Behörden vor allem im Zuständigkeitsbereich von Verkehrsminister Dobrindt aufzuklären.

Doch lesen Sie mehr über diese und weitere interessante Themen in meinem aktuellen Newsletter. Und wie immer freue ich mich über Anregungen oder konstruktive Kritik.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr/euer  
Oliver Krischer

### *Energie/Umwelt/Klima*

- 1) **Grüne legen Fahrplan Kohleausstieg vor**
- 2) **Klimaschutzplan der Bundesregierung als Bettvorleger gelandet**
- 3) **Bundestag ratifiziert Klimaabkommen**
- 4) **Verpackungsgesetz: wachsende Müllberge und ein Gesetz für die Tonne**
- 5) **Mehrwegquote wird leider abgeschafft**
- 6) **Bundestagsgutachten: Klimakrise nimmt zu**
- 7) **Grubenfahrt: Ende einer Ära**
- 8) **Studie: Hohe Energiepreislasterungen für die Eisen- und Stahlindustrie**
- 9) **KWK-Gesetz: Desaster für Gabriel**

### *Agrar/ Ernährung/Verbraucher*

- 10) **Grüne legen Pakt für faire Tierhaltung vor**
- 11) **Neues Düngerecht beschließen – Nitrateinträge reduzieren**

- 12) Bayer-Monsanto Deal: Gift und Gene
- 13) Aktion Stadtgärten – Da fliege ich drauf
- 14) 15 Jahre Biosiegel – eine grüne Erfolgsgeschichte
- 15) Tierversuche nehmen zu
- 16) Bundesregierung ignoriert Hormongifte

#### *Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

- 17) Ende des Verbrennungsmotors: Antrag zum Grünen Bundestag
- 18) Aktuelles aus dem Untersuchungsausschuss „Abgasskandal“
- 19) 1 Jahr Abgasskandal – ein Skandal für Umwelt und Gesundheit
- 20) Bundesregierung begräbt blaue Plakette
- 21) Brief an Dobrindt: Mut zur Verkehrswende
- 22) Bundesverkehrswegeplan konterkariert Klimaschutz
- 23) Fraktionsbeschluss: Für eine aktive Radverkehrspolitik
- 24) Die Bahn kommt: mit dem grünen Deutschland-Takt
- 25) 10 Jahre BER-Baustelle – das Fiasko um den Hauptstadtflughafen

#### *Energie/Umwelt/Klima*

##### **1) Grüne legen Fahrplan Kohleausstieg vor**

Die Klimakrise zwingt uns zu einer Neuaufstellung der Energieversorgung. Im Pariser Klimaabkommen haben die Staaten der Erde Ende vergangenen Jahres diese Dringlichkeit eindrucksvoll bestätigt, indem sie verbindlich eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius vereinbart haben. Die logische Konsequenz für diese vereinbarte Umstellung auf eine nachhaltige Energieversorgung der Zukunft kann nach dem Ausstieg aus der Atomkraft nur der Ausstieg aus der Kohle sein. Mit Kohle sind die Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Unser grünes Ziel ist daher, das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland in der kommenden Legislaturperiode einzuleiten und Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen. Dazu haben wir den [Fahrplan Kohleausstieg: Die grüne Roadmap für den Umstieg in eine lebensfreundliche Stromversorgung](#) vorgelegt.

##### **2) Klimaschutzplan der Bundesregierung als Bettvorleger gelandet**

Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung ist im September in die offizielle Ressortabstimmung zwischen den Bundesministerien gegangen. Doch schon jetzt ist er im Vergleich zum ersten Entwurf des Bundesumweltministeriums völlig entkernt. Weder konkrete Ziele noch wirksame Instrumente oder Zeitpläne sind übrig geblieben. Aktuelle Brandbriefe von CDU/CSU-Abgeordneten an die Bundesregierung lassen zudem befürchten, dass der Klimaschutzplan am Ende noch weiter an Substanz verlieren wird. Damit ist klar: Klimapolitik spielt für Union und SPD keine Rolle mehr. Alle weiteren Infos [HIER](#).

##### **3) Bundestag ratifiziert Klimaabkommen**

In einem parteiübergreifenden Konsens hat der Bundestag das UN-Klimaschutzabkommen von Paris Ende September ratifiziert. Doch bei CDU/CSU und SPD bedurfte es erst des Drucks von anderen Staaten wie den USA und China, damit auch Deutschland schnell ratifiziert. Wichtig ist nun, dass konkrete Maßnahmen folgen und die Vereinbarung zügig in nationales Recht umgesetzt wird. Bislang versagt die Bundesregierung hier. Die Kanzlerin redet international nur viel und gerne über den Klimaschutz, aber zu Hause verhindert sie die notwendige Politik. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

##### **4) Verpackungsgesetz: wachsende Müllberge und ein Gesetz für die Tonne**

Im Verpackungsgesetz-Entwurf der Bundesregierung wird einmal mehr auf die seit Jahren überfällige Einbeziehung von Stoffen verzichtet, die keine Verpackungen sind, aber aus ähnlichen Materialien bestehen (z.B. Produkte aus Plastik und Metall). Statt endlich eine einheitliche bürgernahe Sammlung zu organisieren, werden die regelmäßig vor dem Kollaps stehenden Dualen Systeme für die Verwertung von Verpackungen weiter künstlich am Leben erhalten. Sowohl die Bundesländer als auch die Grüne Bundestagsfraktion fordern: Die Sammlung aller Abfälle aus privaten Haushalten muss einheitlich in die kommunale Hand übergehen. Im Entwurf wird außerdem die Recyclingquote selbst von 80 auf 70 Prozent weiter abgesenkt. Mit der Aufweichung solcher Vorgaben ignorieren Union und SPD schlichtweg jegliche Verantwortung für mehr Ressourceneffizienz. Mehr Infos [HIER](#).

##### **5) Mehrwegquote wird leider abgeschafft**

Der positive Effekt für die Umwelt ist unbestritten: Je größer der Anteil an Mehrwegflaschen und -verpackungen ist, desto weniger Müll. Für die Bundesregierung scheint das Ziel, diesen Anteil auszubauen, jedoch nicht mehr erstrebenswert zu

sein. Mit dem Entwurf für ein Verpackungsgesetz werden die Interessen der Einweglobby bedient, und die Bundesregierung verabschiedet sich vom ökologisch vorteilhaften Mehrwegsystem. Mit unserem [Antrag „Mehrweganteil an Getränkeverpackungen erhöhen“](#) haben wir bereits im Januar deutlich gemacht, welche Maßnahmen die Bundesregierung dringend ergreifen muss, um den Mehrweganteil an Getränkeverpackungen zu erhöhen. Mehr Infos zum Thema [HIER](#).

#### **6) Bundestagsgutachten: Klimakrise nimmt zu**

Der unabhängige wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion eine Ausarbeitung zu extremen Wetter- und Naturereignissen in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren erarbeitet. Anhand statistischer Erhebungen zeigt dieses Gutachten, dass Überschwemmungen, Stürme und Hagel, aber auch Hitze und Dürre immer häufiger werden. So gab es einen Anstieg von ungefähr zehn Naturkatastrophen pro Jahr in Deutschland Anfang der 70er Jahre auf mehr als 30 in den letzten Jahren. Den größten Anteil haben Stürme, aber auch extreme Temperaturen, Trockenphasen und Hochwasser. Ein Grund dafür: Es wird immer wärmer. Doch statt der Klimakrise zu begegnen und verstärkt auf Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu setzen, subventioniert die Bundesregierung die klimaschädlichste Form der Energieerzeugung – die Kohle - in Milliardenhöhe. Damit muss endlich Schluss sein, Klimaschutz muss wieder ernst genommen werden und Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz werden. Das Gutachten und weitere Infos finden sich [HIER](#).

#### **7) Grubenfahrt: Ende einer Ära**

Im Jahr 2018 endet in Deutschland und damit in ganz Westeuropa ein Stück Industriegeschichte, ohne die die Welt heute anders aussähe – positiv wie negativ. In NRW schließen dann die beiden letzten Steinkohlebergwerke Prosper Haniel und Ibbenbüren. Um sich über die Auswirkungen und langfristigen Folgen des Bergbaus zu informieren, haben Abgeordnete der grünen Bundestagsfraktion eine Grubenfahrt unternommen. Es geht nun darum, die Folgen des Kohleabbaus zu managen und Möglichkeiten zu eruieren, ob die Gruben – zum Beispiel zur Energiespeicherung – weiter genutzt werden können. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

#### **8) Studie: Hohe Energiepreisentlastungen für die Eisen- und Stahlindustrie**

Anders als Teile der Branche und einschlägige Kreise aus der Großen Koalition immer wieder behaupten, sind Energiekosten für die Eisen- und Stahlindustrie hierzulande Standortnachteil. Die Strompreise an der Börse sind auf historischem Tiefstand und davon profitiert wie die gesamte energieintensive Industrie auch die Stahlindustrie durch milliardenschwere Vergünstigungen bei Steuern, Umlagen und Entgelten. So das Ergebnis einer Studie der FÖS im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion. Die Studie und weitere Infos gibt es [HIER](#).

#### **9) KWK-Gesetz: Desaster für Gabriel**

Wirtschaftsminister Gabriel wollte die effiziente und klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die vielfach gerade von kommunalen Stadtwerken betrieben wird, mehr unterstützen. Doch die dazu notwendige Novelle des KWK-Gesetzes trat erst mit zwei Jahren Verspätung am 01.01.2016 in Kraft und enthielt obendrein viel weniger Verbesserungen als z. B. im Klimaaktionsplan zuvor angekündigt. Doch auch seitdem ist nichts vorangegangen, weil Gabriel es versäumt hat, das Gesetz mit der EU-Kommission abzustimmen. Es muss jetzt erneut novelliert werden. Das ist ein Desaster für die Branche, weil etliche Projekt auf Eis legen oder wegen der langen Verzögerung des Gesetz ganz abgesagt werden mussten. Gabriel hat durch seinen Dilettantismus dem Klimaschutz und einer nachhaltigen Energieversorgung einen Bärendienst erwiesen und ist, wie schon bei den Erneuerbaren Energien, inzwischen auch bei der KWK zum Investitionsrisiko geworden.

*Agrar/ Ernährung/Verbraucher*

#### **10) Grüne legen Pakt für faire Tierhaltung vor**

Der jüngste Skandal um Missstände in Ställen von Bauernverbandsfunktionären und Bundestagsabgeordneten der Union zeigt: Wir brauchen dringend eine grundsätzliche, umfassende Wende in der Tierhaltung. Wir stellen mit unserem Pakt für faire Tierhaltung Lösungsvorschläge für eine Zukunft ohne Massentierhaltung vor, in der auch die Bäuerinnen und Bauern wieder eine Perspektive haben. Wir setzen auf eine Politik der machbaren Schritte, die ein klares Ziel hat: eine faire Tierhaltung. Dafür wollen wir einen guten Rahmen schaffen, der Landwirtschaft und Handel Planungssicherheit gibt und zugleich Verbraucher\*innen Qualität, Transparenz und bezahlbare Lebensmittel bieten. Nur gemeinsam und mit der Bereitschaft zu Veränderungen wird es uns gelingen, aus der industriellen Massentierhaltung auszusteigen. Unser ‚Pakt für Tierhaltung kann [HIER](#) abgerufen werden.

#### **11) Neues Düngerecht beschließen – Nitrateinträge reduzieren**

Unser Grundwasser ist verschmutzt. Fast ein Drittel befindet sich aufgrund starker Nitratbelastung in keinem guten chemischen Zustand. Auch die Oberflächengewässer sind durch massive Stickstoffeinträge der Landwirtschaft belastet. Die Verschärfung der Düngegesetzgebung ist daher längst überfällig und darf nicht weiter von der Bundesregierung verschleppt werden. Deswegen fordern wir Grüne im Bundestag und in den Ländern die Bundesregierung auf, das Düngerecht endlich zu beschließen und dadurch Nitratreinträge zu reduzieren. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

### **12) Bayer-Monsanto Deal: Gift und Gene**

Mitte September hat sich die Bayer AG mit dem US-amerikanischen Konzern Monsanto auf eine Übernahme geeinigt. Wird der Mega-Milliarden-Deal genehmigt, ist der Leverkusener Konzern der mächtigste Agrarkonzern der Welt, der dann bei Agrochemikalien, Saatgut und Agrogentechnik den Markt beherrscht. Eine Markt- und Machtkonzentration solchen Ausmaßes ist eine Bedrohung für vielfältige und ökologisch-bäuerliche Landwirtschaft weltweit. Denn die Welt ernährt sich mit Vielfalt, nicht mit Agrochemie und Gentechnik. Alle weiteren Infos und unsere Bedenken finden sich [HIER](#).

### **13) Aktion Stadtgärten – Da fliege ich drauf**

Mitten in Berlin stellte die Grüne Bundestagsfraktion Ende September bunte Pflanzkisten im öffentlichen Raum auf. Damit wollen wir auf den Nutzen bienenfreundlicher Pflanzungen im urbanen Raum aufmerksam machen. Alle weiteren Infos zur Aktion und unseren Initiativen finden sich [HIER](#).

### **14) 15 Jahre Biosiegel – eine grüne Erfolgsgeschichte**

Wer kennt es nicht, das sechseckige Bio-Siegel, das vor 15 Jahren von der Grünen Verbraucherministerin Renate Künast eingeführt wurde. Es findet sich mittlerweile auf fast 75.000 Produkten, die gemäß der EU-Öko-Bestimmungen produziert werden. Eine Erfolgsgeschichte: Durch transparente Produktkennzeichnung und eine entsprechende Nachfrage der Verbraucher\*innen ist der Bio-Markt rasant angewachsen. Der Umsatz an Bio-Lebensmitteln hat sich seit 2001 vervierfacht und lag 2015 bei 8,6 Milliarden Euro. Der gestiegenen Nachfrage steht aber nur ein begrenztes Angebot an in Deutschland produzierten Bio-Lebensmitteln gegenüber. Zum Beispiel Äpfel oder Möhren müssen aus dem Ausland importiert werden, weil in Deutschland nicht genug Bio-Produkte produziert werden. Wir fordern daher, dass die Bundesregierung hier nach Jahren der Passivität endlich wieder etwas für die Ausweitung des Bio-Anbaus in Deutschland tut. Damit das Bio-Siegel eine Erfolgsstory bleibt. Mehr Infos [HIER](#).

### **15) Tierversuche nehmen zu**

Die Nutzung von Gentechnik führt zu einem erheblichen Anstieg der Tierversuche. Das geht aus einer von der Grünen Bundestagsfraktion beauftragten [Studie des Instituts für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie \(Testbiotech\)](#) hervor. Demnach hat sich die Zahl der Versuche mit gentechnisch veränderten Tieren in Deutschland zwischen 2004-2013 verdreifacht. Damit sind schon ein Drittel aller Versuchstiere gentechnisch verändert. Dieser Anstieg widerspricht eklatant dem Ziel, Tierversuche (auch und besonders mit Hilfe der Gentechnik) zu reduzieren und zu ersetzen – wie es sowohl von der Bundesregierung als auch der EU-Kommission regelmäßig verkündet wird. Mehr Infos [HIER](#).

### **16) Bundesregierung ignoriert Hormongifte**

In vielen Alltagsprodukten stecken Schadstoffe (Weichmacher, Konservierungsstoffe oder Pestizide), die einen gefährlichen Einfluss auf unser Hormonsystem haben. Wissenschaftliche Studien belegen einen Zusammenhang dieser Stoffe – Hormongifte bzw. ‚endokrine Disruptoren‘ – mit möglichen Gesundheitsschäden wie Unfruchtbarkeit, Stoffwechselerkrankungen, Prostata- und Brustkrebs sowie Diabetes. Eine wirksame Regulierung dieser Chemikalien gibt es trotz vielfältiger Mahnungen aus der Wissenschaft noch immer nicht. Mit zweieinhalb Jahren Verspätung hat die EU-Kommission diesen Sommer endlich Kriterien vorgelegt, welche Stoffe als Hormongifte einzustufen sind. Doch die Kriterien sind unzureichend und werden kaum dafür sorgen, dass diese Schadstoffe erfasst und verboten werden können. Die Bundesregierung verweigert jedoch eine Stellungnahme zu den Kommissionsvorschlägen und redet sich mit anhaltendem Prüfbedarf heraus. Dabei muss die Bundesregierung sowohl im EU-Ministerrat als auch auf nationaler Ebene dafür Sorge tragen, dass Kriterien im Sinne des Vorsorgeprinzips zum Einsatz kommen, so wie es andere europäische Länder wie Frankreich oder Dänemark bereits getan haben. Mehr Infos dazu [HIER](#).

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

### **17) Ende des Verbrennungsmotors: Antrag zum Grünen Bundesparteitag**

In einem [Antrag des Bundesvorstands zum Grünen Bundesparteitag](#) im November wird ein Ende der Neuzulassungen von Diesel- und Otto-Verbrennungsmotoren im Jahr 2030 gefordert. Diese Forderung hat in der letzten Woche große öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Sie ist aber notwendig und richtig, denn ohne ein baldiges Ende des Verbrennungsmotors werden wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens nicht erreichen können. Das haben schon andere

Länder wie Norwegen, Indien und die Niederlande erkannt und entsprechende Beschlüsse gefasst. Auch der Bundesrat hat erst kürzlich parteiübergreifend gefordert, [ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos](#) zuzulassen. Global geht der Trend sowieso in Richtung Elektromobilität. Wenn wir wollen, dass die deutsche Automobilindustrie eine Zukunft hat, und nicht wie RWE und Eon mit ihren Kohlekraftwerken enden soll, braucht es klare und ambitionierte Rahmenbedingungen für emissionsfreie Autos. Benzin- und Dieselmotoren haben definitiv keine große Zukunft mehr. [HIER](#) mehr dazu.

### **18) Aktuelles aus dem Untersuchungsausschuss „Abgasskandal“**

Großes Einvernehmen herrschte unter den Sachverständigen beim Auftakt im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Abgasskandal“ am 8. September zu den Themen „Testverfahren“ und „Gesundheitsfolgen“. Die Sachverständigen gaben übereinstimmend zu Protokoll: Jeder wusste von den deutlich erhöhten Emissionen bei Kraftfahrzeugen im Realbetrieb. Es sei kein Geheimnis gewesen, dass Messungen mit dem seit 1997 geltenden NEFZ (Neuer Europäischer Fahrzyklus) auf dem Prüfstand die realen Emissionen nicht abbilden. Pech für Umwelt und Verbraucher: zwischen Erkenntnis und Korrektur verstrichen über 15 Jahre. So konnte die Industrie ungebremst Autos verkaufen, die nur auf dem Papier, aber nicht in der Realität die Grenzwerte einhalten. Gelitten haben Gesundheit und Umwelt, denn unumstritten stellt Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) eine Gefahr für die Gesundheit dar. Klare Worte fielen auch in der [Sachverständigenanhörung vom 22. September](#). Klar wurde an diesem Tag: Das deutsche System zur Überwachung der Abgaswerte von Fahrzeugen krankt gewaltig. Bei Überprüfungen im letzten Jahr wurde deutlich, dass bei allen Automodellen in irgendeiner Weise getrickst, getäuscht oder manipuliert wird. Die Behörden wussten oder ahnten das schon lange, unternahmen aber nichts, weil ihnen entweder rechtlichen Vorgaben oder die Mittel dazu fehlten oder sie schlichtweg politisch ausgebremst wurden. Die [Sitzung vom 29. September](#) brachte ans Licht, dass Bundesbehörden (Umweltbundesamt, Bundeanstalt für Straßenwesen) die in den USA aufgedeckten Manipulationen bei der Abgasreinigung von Dieselfahrzeugen ebenfalls hätten identifizieren können. Aber ohne entsprechende Direktiven und gesetzliche Vorgaben fühlte sich niemand zuständig. Wir nennen das „Organisiertes Staatsversagen“.

### **19) 1 Jahr Abgasskandal – ein Skandal für Umwelt und Gesundheit**

Vor einem Jahr, am 18. September 2015, rückte der Abgasskandal schlagartig ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung. An jenem Tag gab die US-amerikanische Umweltbehörde EPA ihre Ermittlungen gegen VW wegen Verstößen gegen die zulässigen Stickoxid-Grenzwerte bekannt. Mit Hilfe einer illegalen Software senkte VW den Stickoxidausstoß im Testlabor, aber eben nicht auf der Straße. Inzwischen ist klar: Auch andere Hersteller nutzen mit allen nur erdenklichen Tricks schamlos aus, dass die Einhaltung der Grenzwerte nur unzureichend kontrolliert wurde – insbesondere in Deutschland und der EU. Auch die Nachmessungen des Kraftfahrtbundesamts (KBA) sowie etliche andere Untersuchungen bestätigten, dass dies eben kein „VW-Skandal“ ist, sondern vielmehr ein Abgasskandal der gesamten Automobilindustrie. Zusammen mit Stephan Kühn und Valerie Wilms habe ich [anlässlich des unrühmlichen Jubiläums ein Autorenpapier](#) veröffentlicht. An welchen Stellen und aus welchen Gründen die staatlichen Kontrollen versagten, klärt seit diesem Sommer ein Untersuchungsausschuss des Bundestages. Klar ist schon jetzt: In der Fachwelt war das Problem seit über 10 Jahren unumstritten bekannt. Die zuständigen Bundesbehörden müssen auf vielfältige Weise davon erfahren haben. Dass sie nicht reagiert haben, ist nur durch ein organisiertes Staatsversagen erklärbar. Vieles spricht dafür, dass das Wegsehen der Behörden und der Abbau von Kontrollen nicht nur toleriert, sondern auch gewollt waren. Statt halbherziger Ankündigung brauchen wir eine völlige Neuorganisation der Zulassung von Fahrzeugen, eine unabhängige Kontrolle der Abgaswerte, abschreckende Sanktionen bei Manipulationen durch Hersteller und echte Entschädigungsregelungen für betroffene Verbraucher\*innen. Mehr dazu [HIER](#).

### **20) Bundesregierung begräbt blaue Plakette**

Im April forderten die Umweltminister der Länder die Bundesregierung auf, eine blaue Plakette für Autos einzuführen. Damit könnten Kommunen auf Basis einer bundeseinheitlichen Regelung Fahrzeuge mit hohem Stickoxidausstoß aus den Innenstädten verbannen. Bundesumweltministerin Hendricks unterstützte zunächst das Vorhaben, ist letztlich aber wieder einmal vor dem Schutzpatron des Diesel, Verkehrsminister Dobrindt, eingeknickt. Ein Armutszeugnis für den Stellenwert des Gesundheits- und Umweltschutzes in der Bundesregierung. Wieder einmal sorgt der Verkehrsminister so dafür, dass die Autoindustrie in Umweltfragen machen kann, was sie will. Dobrindt hat auch fast ein Jahr nach dem Abgasskandal noch keinen Vorschlag gemacht, wie die überhöhten Stickoxidemissionen in unseren Städten reduziert werden sollen. Mehr Infos dazu [HIER](#).

### **21) Brief an Dobrindt: Mut zur Verkehrswende**

In einem offenen Brief wider die Mutlosigkeit des Verkehrsministers habe ich mich zusammen mit Toni Hofreiter an Verkehrsminister Dobrindt gewandt. Denn für die Verkehrspolitik in Deutschland waren die vergangenen zehn Jahre verlorene Jahre, in denen die Bundesverkehrsminister dem zunehmenden Autoverkehr Straßen hinterhergebaut und der Automobilindustrie jeden Spielraum gegeben haben, den sie sich wünschte. Aber die Art und Weise, wie wir uns und unsere Güter und Waren bewegen, muss sich grundlegend ändern, und das nicht nur angesichts weltweiter Staus,

schlechter Luft und immensen Flächenverbrauchs. Verkehr ist Kernthema des globalen Klimaschutzes: In der EU ist der Verkehr für ein Viertel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich und der einzige Sektor, in dem sie seit 1990 gestiegen sind. In Paris hat die Staatengemeinschaft jetzt vereinbart, dass der Verkehr innerhalb von 34 Jahren komplett treibhausgasneutral werden muss. Auf diese Herausforderungen ist diese Bundesregierung nicht nur nicht vorbereitet, sie blockiert den notwendigen Wandel. Unser Brief findet sich [HIER](#).

## **22) Bundesverkehrswegeplan konterkariert Klimaschutz**

Klima und Umwelt haben in der schwarz-roten Regierung keine Verbündeten. Das wird auch durch den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) deutlich. Zusammen mit Toni Hofreiter habe ich mich daher mit einem [Brief direkt an Bundeskanzlerin Merkel](#) gewandt, um die Verabschiedung des Plans zu stoppen. Die grüne Bundestagsfraktion fordert in ihrem [Antrag](#), den Bundesverkehrswegeplan zu einem Bundesnetzplan weiterzuentwickeln. Mehr Infos zum BVWP gibt es [HIER](#).

## **23) Fraktionsbeschluss: Für eine aktive Radverkehrspolitik**

Immer mehr Menschen fahren Rad - in der Freizeit wie im Alltag. Mit Elektrorädern werden immer größere Distanzen zurückgelegt und neue Zielgruppen erreicht. Wir Grüne im Bundestag stehen für eine Verkehrspolitik, die die positive Entwicklung des Radverkehrs aufgreift, statt sie nur sich selbst zu überlassen. Radfahren muss für alle leichter, bequemer und sicherer werden – vom Kindergartenkind bis zur Generation „Siebzig plus“. Dafür muss auch der Bund stärker als bisher Verantwortung übernehmen. Mit unserem [Fraktionsbeschluss](#) fordern wir die Bundesregierung auf, Radwege an Bundesstraßen auszubauen, die Errichtung von Radschnellwegen zu unterstützen und das Straßenverkehrsrecht an die Zunahme des Radverkehrs anzupassen. Mehr dazu [HIER](#).

## **24) Die Bahn kommt: Mit dem grünen Deutschland-Takt**

Langes Wartes, schlecht abgestimmte Umsteigezeiten, Verspätungen – viel Gutes fällt einem Bahnreisenden nicht zur Deutschen Bahn ein. Das muss aber nicht so sein. Die Grüne Bundestagsfraktion will das Bahnfahren attraktiver machen – und zwar mit dem Deutschland-Takt. Bisher sind die Züge im deutschen Nah-, Fern und Güterverkehr schlecht aufeinander abgestimmt. Mehr Infos und unsere Parlamentarischen Initiativen zum Deutschland-Takt finden sich [HIER](#).

## **25) 10 Jahre BER-Baustelle – das Fiasko um den Hauptstadtflughafen**

Ein für die Bundesregierung als Anteilseigner peinliches Jubiläum: Vor zehn Jahren startete der Bau von Deutschlands ärgerlichstem Flughafen, dem BER in Berlin-Schönefeld. Bis heute ist dieser Flughafen weder fertiggestellt, noch steht ein Eröffnungstermin fest. Demnächst wird wohl die nächste Terminverschiebung verkündet werden. Die Verzögerungen sind dabei nur eine Seite der Medaille, denn mittlerweile verzeichnet das Projekt, das die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund gemeinsam verantworten, auch dreimal so hohe Kosten wie geplant. Weitere Ausgaben sind wahrscheinlich. Der BER ist ein Symbol für Planlosigkeit, Überheblichkeit und Verschwendung, für den Verkehrsminister Dobrindt als Vertreter des Anteilseigners Bund seit Jahren Verantwortung trägt, aber diese Verantwortung offensichtlich nicht wahrnimmt. Einzelheiten zu der Serie aus Pleiten, Planungsfehlern und Pannen beim BER finden sich [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.